

Haushaltsrede der SPD-Fraktion | Gemeinderat Mi, 17.12.25

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr OB, sehr geehrte Frau Bgm'in,

Ja, Zustimmung, schwierige Lage und alle hier am Tisch, und in der Verwaltung tun alles, um die Stadt bestmöglich durch diese Zeiten zu manövrieren. Daher danke an die Stadt, die Stadtspitze und die Kämmerei, die ihr Bestmögliches geben.

Aber lassen Sie mich – den Ruf hab ich scheinbar eh schon weg – einige kritische Worte sagen.

Früher hätte unter den Fraktionsführern Aufruhr geherrscht, wenn in der Dezembersitzung ein Haushalt beschlossen werden soll, der vorher mit anderen Zahlen eingebracht und vorberaten worden ist.

Ja, das kann man alles erklären:

- Die Steuerschätzung war bei Erstellung nicht wirklich da,
- Die konkreten Umlagen, vor allem die Kreisumlagen waren nicht verabschiedet und konkret eingebaut,
- Die Infrastrukturzuschüsse des Bundes waren unklar,

Und aus formalen Gründen wäre dieser Haushalt, ohne wirklich vorberaten zu sein, abgelehnt worden.

Ja, man kann sagen, dass diese Änderungen tatsächlich nur gute Entwicklungen sind, die hier eingeflossen sind und den Haushalt in der Ursprungsfassung entlasten:

- Steuerschätzung besser als gedacht,
- Kreisumlage kleiner als gedacht,
- Infrastrukturzuschüsse des Bundes in der Umsetzung geklärt.

Trotzdem muss man sich schon die Fragen stellen, ob diese frühe Vorberatung angesichts der Ungenauigkeiten so sein müssen. Oder ob es Sinn macht, wenn man einen verlässlichen, validen Haushalt haben will, diesen etwas später verabschiedet, wenn alle Rahmencahlen verlässlich da sind.

Und das wäre auch die zweite Frage: wollen wir überhaupt einen **verlässlichen** Haushalt?

Und ich muss bei genauerem Hinsehen schon vermuten: Nein, wollen wir gar nicht.

Nicht das das auf Anhieb schlecht wäre. Aber ich möchte es kurz einordnen:

- Ich meine: bereits in den vergangenen Jahren haben wir keinen Wert auf genaue und verlässliche Haushalte gelegt, sie wurden hier in Schwetzingen immer größer gerechnet, als sie waren: es wurde mehr Geld für Projekte eingestellt, als am Ende benötigt wurde, das waren je nach Jahr im Schnitt zwischen 1 und 2 Millionen Euro, die wir am Ende mehr im Säckel hatten. Was bedeutet das? etwa...dass wir tatsächlich immer besser gewirtschaftet haben? ...dass Projekte einfach nicht umgesetzt und damit in die Pipeline geschoben wurden? Und wie sieht das dieses Jahr aus? Wird da auch einfach irgendwas irgendwie geschoben?
- Interessant sind dabei im jetzigen Haushalt die veranschlagten Kosten des größten Bauprojekts der nächsten Jahre, der Weiterentwicklung der Zeyherschule, die nun im Vergleich zur Machbarkeitsstudie um 10 Millionen eingestrichen wurden (von 25 auf 15 Millionen) – völlig ohne Entwurfs- oder Finanzplanung – letztlich nicht validiert, nur geschätzt. Auf Nachfrage gab es nichts Konkretes. Also: Beim teuersten Projekt der nächsten per Federstrich knapp die Hälfte gespart. Okay. Wenn das so geht...?

Ich glaube ja so langsam, dass wir gar nicht von einem festen **Plan, nachdem unser Stadthandeln** ausgerichtet ist, reden... sondern dass es sich beim Haushalt mittlerweile eher um **eine Formalie** handelt, damit wir das Planjahr halt irgendwie von der Kommunalaufsicht genehmigt bekommen, und uns damit kommunalpolitisch freischwimmen.

Vielleicht sollte man es tatsächlich so sehen.

Denn sind wir doch mal ehrlich: alle Bauprojekte wurden in der Vergangenheit teurer als veranschlagt, und die „Pfaudlerbrücke“ und das „Rothackersche Haus“ musste man sogar einstellen. Nie haben diese Planzahlen gepasst oder real gestimmt. Und bei den Bauprojekten in der Umgebung und ganz Deutschland ist es ja so.

Und auch die Zeyherschule wird im Gesamtprojekt definitiv nicht einfach so mal 10 Millionen günstiger – selbst wenn man den ganzen Bau nur aus Modulcontainer fertigen lässt. Aber das ist fundamental womöglich gar nicht so schlimm. Es muss sich halt irgendwie regelkonform im Haushalt abbilden.

Und da ja ohnehin jedes Projekt, das die mittlere fünfstellige Marke überschreitet, nochmal in den Gremien vorberaten und zugestimmt werden muss, sehe ich den Gemeinderat in seinem Königsrecht nicht einmal übergangen. Nur liegt dieses Königsrecht nicht beim Haushalt, sondern eben im Priorisieren, Abändern und Verbessern von Projekten im tagtäglichen Doing der Gemeinderatsarbeit.

Aber kommen wir mal zu etwas, was direkt unsere Bürger angeht – bzw. an den Geldbeutel geht:

Das Thema Gebühren: Ja, wir haben jetzt alle verstanden, das Gebühren erhöht werden können, wenn das Stadtsäckel in einer Schiefelage ist. Aber wie geht das hier in Schwetzingen von statten? – Mit dem Mantra der Kostendeckung? – Ja, viele Dinge, die eine Kommune leistet oder regelt, sind nicht kostendeckend und werden es auch nie sein. Die Kindergärten und die Schulbegleitstrukturen für Betreuung und Ganzttag werden Jahr für Jahr defizitär bleiben, es ist ein Teil des sozialen Ausgleichs, den „der Staat“ oder „die Stadt“ dafür leistet, dass in einer Familie beide Eltern arbeiten gehen können. Gleichberechtigung also. Und: Es ist mittlerweile die Basis unseres Wirtschaftssystems, das es sich gar nicht mehr leisten kann, auf die überwiegende Mehrheit arbeitender Frauen zu verzichten. Die politische Frage wird für die nächsten Haushalte sein, wer mittelfristig für die Kinderbetreuung mehr bezahlt:

Familien (weil ja auch die Kinder dieser Familien betreut werden) oder eben über **Haushaltsmittel der Stadt** alle Bürger (weil es eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstädtische Aufgabe ist). Klar ist jedoch, dass es gerade Familien sind, die unter Abgaben und Gebühren finanziell ächzen, und man muss hier einfach fragen, und zwar ohne irgendwelche Landesvergleichsgebühren: was gilt hier dann noch als sozial und was schon nicht mehr und vor allem: für wen?. Daher sehen wir als Sozialdemokraten hier die gesamtgesellschaftliche Verantwortung: wenn überhaupt Gebührenerhöhung, dann nur mit sozialem Ausgleichsmechanismus.

Aber schauen wir uns andere Gebühren an: jüngst wurden **die Parkgebühren für Anwohner** erhöht. Pauschal für alle Anwohner, egal welches Auto, egal ob Diesel-SUV oder Elektro-

Smart, egal an welchem Ort in der Stadt. Argumentiert wurde mit der Kostendeckung – und der Gemeinderat ist ja in seiner Mehrheit auch deutlich darüber hinaus gegangen. Es werden pauschal alle Anwohner zur Kasse gebeten. Steuerungswirkung: Null. Wieso scheut man sich in Schwetzingen, absichtsvoll zu steuern – den „steuern“ nennt man Politik! Will man den fehlenden Parkraum in den engen Straßen und Gassen in der Innenstadt an 3 riesige SUVs vergeben, oder an 5 bis 6 Kleinwagen. – Nein: In Schwetzingen zahlen alle gleich. – Kann man ja auch gut finden... je nach dem.

Aber so gleich isses dann halt doch nicht. Und greift das Mantra der Kostendeckung.

Erstaunlich ist nämlich, dass gleichzeitig die **Parkgebühren für Wohnmobile** beim städtischen Wohnmobilstellplatz ebenfalls erhöht wurden, jedoch aber nicht kostendeckend.

Man könnte also ketzerisch sagen: die Anwohner finanzieren die Wohnmobilstellplätze.

Die zentrale Frage in den nächsten Diskussionsrunden rund ums Thema Gebühren wird sein, welche Gebühren sollen aus welchen Gründen unter das Mantra der Kostendeckung fallen, und welche nicht?

Von den Sondernutzungsgebühren des Schlossplatzes, zu den Standgebühren des Weihnachtsmarktes, zu den allgemeinen Parkgebühren, und und und. Gebühren erhebt die Stadt reichlich, nur eben nicht alle kostendeckend. Welche sollen es sein? – welche nicht?

Daher regen wir für zukünftige Haushaltsberatungen an, für städtische Dienstleistungen stets eine Kostendeckungskennzahl (z.B. Kostendeckungsgrad) einzuführen – wohlwissend natürlich, dass nicht jede Gebühr einen Kostendeckungsgrad von 100% anstreben sollte und je nach Leistung ein Sozialfaktor berücksichtigt werden muss!

Aber auch das wird in den künftigen Jahren kein Game-Changer sein. Alle Städte stehen vor großen Herausforderungen und müssen in Infrastruktur wie Schulen, Kanäle, Straßen, Leitungen, Verkehrslenkung und individuelle städtische Projekte für eine gesunde Stadtgesellschaft investieren: massiv gilt dies für Vereine, Sport und in Schwetzingen als Eventstadt vielleicht auch in Veranstaltungsinfrastruktur wie Parkhäuser oder Besucher-Strom-Management.

Und für all diese wichtigen Investitionen sind die Infrastrukturzuschüsse des Bundes leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Allein unsere Zeyherschule bräuchte zwei Bundeszuschüsse des Schwetzingers Anteils ($12\text{mio} \times 2 = 24\text{ mio}$), um finanziert zu sein. Und dann ist noch keine weitere Straße saniert.

Es braucht einen fundamentalen Mindset-Change in der Landesregierung, um die kommunale Finanzstruktur zu reformieren. Aktuell laufen die Kommunen ob der zahlreichen Aufgaben in einem strukturellen Defizit und häufen entsprechend auch immer mehr Schulden an – in Schwetzingen noch mit Maß – NOCH! Leider können wir entsprechende Reformbestrebungen, die wir ja auch in anderen föderalen Bereichen des Landes haben, beispielsweise Bildung, Gesundheitswesen, Digitalisierung, Entbürokratisierung, nicht erkennen. Ich habe letztes Jahr schon an dieser Stelle gesagt: **„Es hilft grundsätzlich niemandem, wenn wir auf andere warten. Schon gar nicht auf das Land“** – ganz egal, wer an der Regierung es. Es ist ein systemisches Problem.

Daher müssen wir vor Ort schauen, wie wir in vielen Bereichen effizienter und effektiver werden, und das geht oft über interkommunale Zusammenarbeit. Viele Bereiche lassen sich bündeln und koordinieren, Doppel- oder Vielfachstrukturen an fünf, sechs verschiedenen Orten könnten so vermieden werden. Ich denke da an Zuständigkeiten wie zentrale Bauhöfe oder eine zentrale Feuerwehr- und Zivilschutzkoordination, und -beschaffung, aber auch übergreifende Strukturen und Handling-Modelle in der Digitalisierung z.B. von Schulen, Verwaltungen oder anderen kommunalen Einrichtungen.

Mal angenommen, alle Schulen in Ketsch, Brühl, Plankstadt, Oftersheim und Schwetzingen hätten eine einheitliche IT-Infrastruktur oder das gleiche Handling-Modell zur Beschaffung an IT-Geräten, dann könnte man faktisch mit festem, aber weniger Personal einen effizienteren Support meistern – gleichzeitig über Großausschreibungen Kosten einsparen.

Im Bereich Feuerwehr und Zivilschutz könnte man in jedem Ort andere Aufgaben- oder Kompetenz-Cluster bilden und so Aufgaben spezialisieren.

Ähnlich könnte man im Bereich Bauhof, bzw. Straßen- und Bauobjekt-Management halten, durch die größere Einheit böte sich hier die Chance, interkommunal auch Servicestrukturen zu bilden, die es noch gar nicht gibt, z.B. im Bereich Straßen-, Tiefbau oder kommunale

Elektroinstallation - also Bereiche, die von Kommunen aktuell immer nach Bedarf eingekauft werden müssen – dann hätte man sie selbst in der Hand.

Wenn sich Kommunen bei Aufgaben zusammenschließen und eng vernetzen, besteht die Chance, dass solche Expertisen sich direkt im interkommunalen Bauhof wiederfinden könnten.

In einem Bereich funktioniert die Zusammenarbeit bereits. Der Gutachterausschuss aus den Gemeinden Reilingen, Neu- und Altlußheim, Hockenheim, Ketsch, Brühl, Plankstadt, Oftersheim, Schwetzingen, Eppelheim führt Grundstücks- und Immobilienbewertungen durch und fungiert als ein zentrales Wertfindungsinstrument in allen Kommunen.

Im Prinzip ließe sich eine solche große Schnittmenge auch um weitere Themen rund ums Bauen und Wohnen erweitern: da der Bau- und Mietpreismarkt nicht an der Stadtgrenze Halt macht, müsste man sich überlegen, ob sogar interkommunale Wohnbaugesellschaften Sinn ergeben könnten. Profitieren könnten vor allem Bürger kleinerer Gemeinden, die selbst keine Wohnbaugesellschaft haben. Eine Interkommunale Wohnbaugesellschaft in der Region könnte langfristig einen effektiveren Beitrag für mehr bezahlbares Wohnen setzen als einzelne kommunale Gesellschaften.

Fakt ist: wir müssen doch davon ausgehen, dass die Aufgaben und Herausforderungen eher größer als kleiner werden. Daher brauchen wir neue Antworten. Ein Weiterso werden wir uns langfristig aufgrund des strukturellen Defizits nicht leisten können – ganz egal, ob womöglich noch weitere Bundesmilliarden kommen. Von daher ist dieser Haushalt 2026 nicht die zentrale Hürde. Die zentralen Hürden sind unsere Strukturen, die wir aufbrechen und interkommunal vernetzen müssen.

Und das erwarten wir von der Stadtspitze und Stadtverwaltung Schwetzingen als Administration dieses Mittelzentrums. Kontakte herstellen, gemeinsame Interessen und Handlungsfelder identifizieren und dann geht's los.

Zähneknirschend stimmen wir dem Haushalt zu, aber eben auch in dem optimistischen Glauben, dass wir uns in Zukunft auf anderes vorbereiten müssen, als uns in unserem Schwetzinger Kämmerlein über das Klein-Klein dieses bürokratischen Zahlenexzesses zu ergehen.